NEUE JUSTIZ

ZEITSCHRIFT FÜR RECHT
UND RECHTSWISSENSCHAFT

25. JAHRGANG

8/71

2. APRILHEFT

S.221-252

GÜNTER WENGLAND, Stellvertreter des Generalstaatsanwalts der DDR

Für einen höheren gesellschaftlichen Nutzen des Ermittlungsverfahrens!

Mit vielen guten Taten, klugen Gedanken und beispielhafter Initiative bereiten die Werktätigen unserer Republik den VIII. Parteitag der SED vor. Dank und Vertrauen spricht aus diesen Aktivitäten und die Zuversicht, die Zukunft ebenso erfolgreich zu gestalten wie die gewiß nicht immer leichten 25 Jahre, die seit dem Gründungsparteitag der einheitlichen Arbeiterpartei vergangen sind.

Es ist ein guter Brauch, überall im Staat den persönlichen Beitrag zur Vorbereitung eines solchen gesellschaftlichen Höhepunktes mit der Bilanz zu beginnen: Wo stehen wir? Was sind die Aufgaben von morgen und übermorgen?

Niemand kann an der Tatsache vorübergehen, daß in unserer Republik bedeutsame Schritte bei der Zurückdrängung der Kriminalität getan wurden. Hört man die Meldungen aus der BRD, den USA und anderen imperialistischen Staaten, dann wird nicht nur deutlich, daß in diesen Staaten die Kriminalität das Leben durchsetzt und wahrhaft gefährdet, sondern auch, daß ein Vergleich zwischen solchen Verhältnissen und unserer eigenen Lage schlechterdings unmöglich ist. In der Tat können wir hier nicht vergleichen, sondern müssen harte Linien ziehen, die die ganze Gegensätzlichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse im Imperialismus und im Sozialismus im allgemeinen sowie in der BRD und in der DDR im besonderen deutlich machen.

Im Kampf gegen die Kriminalität haben wir einen selbst international beachteten "Fortschritt" erzielt. Dabei haben wir stets betont, daß die Größe der historischen Aufgabe, die Kriminalität schrittweise zurückzudrängen, keinerlei Illusionen über Tages- und Augenblickserfolge erlaubt. Es handelt sich hierbei um einen gesellschaftlichen Prozeß, in dessen Verlauf alle Möglichkeiten unserer sozialistischen Gesellschaft, alle Potenzen für die Vorbeugung gegen die Kriminalität bewußt genutzt und gestaltet werden müssen.

Wenn wir bekennen, daß wir mit dem bisher Erreichten nicht zufrieden sind, dann geschieht das begrifflicher Weise deshalb, weil wir die große und schöne Aufgabe der Zurückdrängung der Kriminalität nur erfüllen werden, wenn wir uns immer wieder die Frage stellen, ob wir es schon genügend verstehen, die konkreten gesellschaftlichen Bedingungen richtig einzuschätzen, die sich bietenden Möglichkeiten für den Kampf gegen die Kriminalität voll auszunutzen und

selbst unseren Beitrag zur Gestaltung der sozialistischen Demokratie und zur Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins zu leisten. Wir müssen ständig prüfen, ob wir mit unserer Arbeit bereits den gesellschaftlichen Anforderungen entsprechen.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität eine Aufgabe ist, die Zeit und Kraft kostet, und zwar nicht schlechthin nur die Rechtspflegeorgane, sondern die gesamte Gesellschaft. Für einen wirksamen Kampf gegen die Kriminalität genügt es dabei nicht mehr, nur zu sichern, daß im jeweiligen Fall die richtige Strafe gefunden wird oder ein Kollektivvertreter mitwirkt; Begriffe wie Analyse, Prognose oder Systemregelungen haben längst ihren festen Platz in der Leitung des Kampfes gegen Straftaten gefunden und sind u. a. für wirksame vorbeugende Maßnahmen auch unerläßlich. Desto mehr Grund besteht jedoch, sorgsam zu prüfen, ob wir gleichermaßen aufmerksam sind gegenüber Forderungen nach Rationalisierung und Erhöhung der Effektivität. Wie in allen gesellschaftlichen Bereichen gilt auch für unsere Arbeit das Gesetz der Ökonomie der Zeit. Nicht um Mehrarbeit geht es in erster Linie, sondern um wirksamere Arbeit. Einige Anzeichen weisen darauf hin, daß wir dieser Seite unserer Arbeit mehr Bedeutung zumessen müssen.

Es ist eine Gesetzmäßigkeit, daß die Anforderungen an den sozialistischen Staat und seine Organe bei der Leitung der gesellschaftlichen Prozesse ständig wachsen. Das widerspiegelt sich auch in den höheren Aufgaben der Rechtspflegeorgane bei der Kriminalitätsbekämpfung. Die Verwirklichung dieser Anforderungen verlangt zwingend, immer wieder und in allen Bereichen unserer Tätigkeit auch die Frage zu beantworten, was gesellschaftlich möglich und notwendig ist. Möglichkeit und Notwendigkeit sind entscheidende Kriterien einer differenzierten Leitungstätigkeit. Das gilt auch und insbesondere für das Ermittlungsverfahren.

Je besser es uns gelingt, alle Straftaten aufzudecken und aufzuklären, desto bessere Voraussetzungen für eine wirksamere Verhütung von kriminellen Handlungen werden durch unsere Tätigkeit geschaffen. Völlig zu Recht weist schon der Rechtspflegeerlaß des Staatsrates darauf hin, daß die Aufdeckung und Aufklärung aller Straftaten eine generelle Forderung an Staatsanwaltschaft und Untersuchungsorgane ist. Die-